

**Antrag**

der Fraktion der FDP

**auf Annahme einer Entschließung**

zur Volksinitiative gemäß Artikel 61 Abs. 1 der Verfassung von Berlin  
„Klimanotstand Berlin“, Drucksache 18/2236

**Berlin auf dem Weg zu wirksamem Klimaschutz: zielorientiert und ressourceneffizient**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Das Land Berlin bekennt sich zu der Nachhaltigkeitsagenda 2030 der Vereinten Nationen und zum Pariser Klimaabkommen und bekennt sich deshalb auch dazu, die internationalen vertraglichen Verpflichtungen, die Deutschland und die EU eingegangen sind, im lokalen Handeln analog ambitioniert umzusetzen. Das Abgeordnetenhaus stellt ebenfalls fest, dass die bisher in Berlin vorliegenden Ansätze und Maßnahmen allein zur Erreichung dieser Ziele nicht ausreichen.

Die Vorstellungen der Volksinitiative zu einer deutlich schnelleren und drastischen Reduzierung von CO<sub>2</sub> sind nach Ansicht des Abgeordnetenhauses allerdings unter den gegebenen Bedingungen nicht realistisch umsetzbar. Es gibt keine erkennbare technische Grundlage für die Erreichung einer Klimaneutralität aller Gebäude, Fahrzeuge und industriellen Prozesse in Berlin bis 2030.

Die Ausrufung eines Klimanotstandes sieht das Abgeordnetenhaus als nicht zielführend an, da nicht die symbolische Nennung von Begriffen, sondern konkretes Handeln der Politik und der Verwaltung gefordert ist. Das Land Berlin verfügt dafür bereits über verschiedene wirksame Instrumente, die es stärker nutzen muss, um eine Absenkung von Treibhausgasemissionen zu erreichen und um die Klimaanpassung voranzutreiben. Im Energiewendegesetz werden Zahlen und Ziele genannt, die für sich genommen wenig bewirken. Vielmehr muss der Klima-

schutz als Querschnittsaufgabe im gesamten Handeln der Berliner Verwaltung als ein hochrangiges Ziel jederzeit berücksichtigt werden. Ein Fokus allein auf das Energiewendegesetz ist deshalb nicht zielführend. Stattdessen sind vor allem die Stadtentwicklungspläne (STEP) für Wohnen, Verkehr, Gewerbe und Klima hinsichtlich der Klimaziele zu überarbeiten. Wichtige Ansätze wie eine klimafreundliche Energieversorgung oder eine klimaangepasste Wasserwirtschaft sind zudem in künftigen Bebauungsplänen ausdrücklich zu berücksichtigen und festzuhalten.

Berlin muss bei zukünftigen Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Klimaanpassung auch neue, kreative Lösungen entwickeln und auf Innovationen setzen, um neueste Technologien und smarte Lösungen möglichst schnell zur Realisierung zu bringen. Der innovationsskeptische Fokus der Volksinitiative ausschließlich auf bestehende bewährte („sichere und einsatzfähige“) Technologien behindert dagegen unnötig eine effiziente Erreichung der Klimaziele Berlins. Im Vordergrund sollte nicht stehen, zusätzliche Verbote und Regulierungen einzuführen, sondern den Bürgerinnen und Bürgern attraktive Angebote zu machen, die ihnen ein klimafreundlicheres Verhalten ermöglichen.

Die Volksinitiative zum Klimanotstand geht darauf ein, dass Berlin Mitglied in verschiedenen Netzwerken wie Städtebündnissen und Städtepartnerschaften ist. In den großen Städten der Welt werden die Grundlagen für eine zukunftsfähige, wohlhabende, umwelt- und klimaschonende Gesellschaft weltweit gelegt. Das Abgeordnetenhaus fordert deshalb den Senat auf, dass Berlin diese Mitgliedschaften und seine weltweite Vernetzung nicht nur zur Erhöhung der Sensibilisierung für Klimafragen nutzt („zu alarmieren“), sondern in den verschiedenen Städtebündnissen und Städtepartnerschaften in enger Zusammenarbeit mit anderen großen Städten weltweit Best-Practice-Lösungen vor allem in den Bereichen der Mobilität, der Stadtplanung, der Gebäudewirtschaft, der Wasserwirtschaft und der Klimaanpassung austauscht und anwendet und so die Reaktion auf den Klimawandel als gemeinsame Aufgabe mit einer gemeinsamen Zielsetzung verbundener Städte betrachtet.

Das Abgeordnetenhaus stellt fest, dass die Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Klimaanpassung in Berlin nur mit einem systematischen Monitoring und Projektmanagement des Maßnahmenportfolios auf der Ebene der Senatsverwaltung zielgerichtet und effizient erreicht werden kann. Das Abgeordnetenhaus unterstützt deshalb die Forderung der Volksinitiative, „ein Portal zu schaffen, das transparent und übersichtlich alle wichtigen Daten zum Klima enthält sowie die weitere Planung und deren Umsetzung erklärt und überwacht“. Die bisherigen Berichte des Senats, z.B. die Berichte zum Energiewendegesetz, im Rahmen des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms (diBEK) oder des Masterplan Solarcity sind dafür noch deutlich unzureichend. Deshalb sollte ein digitales Portal aufgesetzt werden, das online zugänglich ist und jederzeit auf einem möglichst aktuellen Stand gehalten wird. So wird zu jedem Zeitpunkt transparent nachvollziehbar, wie der aktuelle Umsetzungsstand der Klimaschutzmaßnahmen in Berlin ist. Die jeweils aktuell nicht durch Maßnahmen belegte Lücke zu den Klimazielen Berlins ist in dem Portal übersichtlich darzustellen.

Parallel dazu ist auf der Ebene der Senatsverwaltung eine zentrale Projektmanagementstruktur für den Klimaschutz und die Klimaanpassung aufzusetzen. Zudem ist dafür zu sorgen, dass alle vorgeschlagenen Maßnahmen nach einem einheitlichen, wissenschaftlich basierten Maßstab evaluiert werden, um eine Priorisierung der Maßnahmen zu ermöglichen. Das Ziel muss sein, schnell diejenigen Maßnahmen zu finden, die mit vertretbarem Aufwand in kurzer Zeit Wirkung erzielen können.

Das Abgeordnetenhaus fordert den Senat auf, in seinem gesamten Handeln zielgerichtet darauf hinzuwirken, dass Berlin zu einer CO<sub>2</sub>-armen und ressourceneffizienten Stadt wird, die sich dabei gleichzeitig als Wirtschafts- und Innovationsmotor in Europa entwickelt und so ein

weltweites Vorbild für andere Städte für effektiven Klimaschutz und für gelungene Klimaanpassung wird.

***Begründung:***

Die Klimaziele, die sich die Europäische Union, Deutschland und Berlin bis in das Jahr 2030 gegeben haben, werden nach derzeitigem Stand offensichtlich nicht erreicht. Dies ist klar festzuhalten.

Die Volksinitiative „Klimanotstand Berlin“ hat sich dieses Problems angenommen und 36.458 gültige Unterschriften gesammelt.

Dieser Umfang der Unterstützung bedeutet, dass das Abgeordnetenhaus von Berlin darüber nicht einfach hinweg gehen kann, sondern sich mit dem Anliegen der Initiative genauer auseinandersetzen muss.

Die oben beschriebene Entschließung nimmt deshalb auf die einzelnen vorgelegten Punkte der Volksinitiative „Klimanotstand Berlin“ Bezug, auch wenn die Forderungen der Volksinitiative nicht in Gänze geteilt werden.

Dennoch stellt das Abgeordnetenhaus eindeutig klar, dass es vom Senat mehr Engagement für den Klimaschutz fordert als derzeit getan wird. Außerdem werden in der Entschließung wesentliche Punkte aufgezeigt, bei denen offensichtlicher Handlungsbedarf besteht. Das Abgeordnetenhaus ist entschlossen, auf der Grundlage dieser Entschließung den Klimaschutz und die Klimaanpassung in Berlin in allen städtischen Handlungsfeldern effektiv voranzubringen. Zur zielgerichteten Umsetzung müssen der Berliner Verwaltung auch die nötigen Werkzeuge, z.B. zum Monitoring oder zum Projektmanagement, bereitgestellt werden.

Nicht eine möglich große Masse von Maßnahmen, sondern eine klare Fokussierung und Steuerung der Maßnahmen soll vorgenommen werden, um auch ambitionierte Klimaziele erreichen zu können. Dabei sind auch innovative Wege mit einzubeziehen und Verbote und Zwangsmassnahmen möglichst zu vermeiden.

Berlin, den 30. Januar 2020

Czaja, Schmidt  
und die weiteren Mitglieder  
der FDP-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin